

Welsche Stimmen zum Konflikt im SEV.

## **Streik oder Mitarbeit**

Auf den Rücktritt von SEV-Präsident Charly Pasche reagiert die Basis mit Leserbriefen, die Öffentlichkeit mit Spekulationen. Ändert der SEV mit der Führungsspitze die Kampfmittel?

Charly Pasche hätte sich gewiss einen geschickteren Moment für seinen geharnischten Angriff auf den designierten Nachfolger aussuchen können - als den 11. Oktober. Die Gewerkschaften -der öffentlichen Dienste stehen mitten in der Mobilisierungskampagne für die auf den 26. Oktober angesetzte Demonstration vor dem Bundeshaus. Da hätte der Schweizerische Eisenbahnverband (SEV) besseres zu tun, als sich mit persönlichen Querelen an der Spitze herumschlagen. Aber die Ablösung des 61jährigen Waadtländers Pasche war ohnehin auf Juni 1997 programmiert. Kein Grund also, dem Streit tiefere Bedeutung beizumessen, auch wenn die Basis ihrem Unmut im Gewerkschaftsblatt „Arbeit und Verkehr“ freien Lauf lässt. Der Generationenwechsel ist fällig und scheint geregelt: Vizepräsident Ernst Leuenberger leitet die EisenbahnerInnengewerkschaft interimistisch, bis er, vom Kongress gewählt, die Nachfolge auch offiziell antritt.

Pasche machte in der Diskussion um Stellenabbau und Lohnkürzungen bei den SBB auf Radikalverbalismus. „Ich hätte wahnsinnige Lust, die Muskeln spielen zu lassen“, liess er verlauten. Doch nimmt ihm niemand so recht ab, dass er „seine“ EisenbahnerInnen auch wirklich in einen Streik geführt hätte. In Genf hat man ihm noch nicht verziehen, dass er den Streik der lokalen Verkehrsbetriebe TPG von 1992 missbilligte. Wie wird Leuenberger im Stammland Pasches eingeschätzt? „Le Nouveau Quotidien“ stellt ihn in eine Linie mit der sogenannten Koordination, einem Zusammenschluss der Personalverbände der öffentlichen Dienste in der Waadt, der es nicht mehr genüge, „Gesprächspartnerin der Regierung zu sein. Sie will an der Staatsreform teilhaben.“ Leuenberger zitiert die Waadtländer Tageszeitung als einen, der den SEV „aktiv an den Überlegungen zur SBB-Reform beteiligen“ wolle (LNQ vom 14.10.96).

Der Westschweizer Vizepräsident des SEV, Michel Beguelin, teilt diese Charakterisierung Leuenbergers überhaupt nicht. Er, der Generation Pasches zugehörig, sieht keinen Bruch in der Nachfolgeregelung. Er ist überzeugt, dass Leuenberger die Politik Pasches weiterführt: „D'être souple et dur“. Wendig heisst für ihn, den Dialog mit dem Arbeitgeber zu suchen, solange dieser gesprächsbereit ist; hart, „den Krieg zu erklären, wenn nur um des Gesprächs willen gesprochen wird“.

Charles-André Udry, Wirtschaftskonsulent der GBI, glaubt, in den Westschweizer Gewerkschaften sei eine grössere Skepsis gegenüber den „Gesellschaftsverträgen“ heutiger Machart und gegenüber dem „New Public Management“ (NPM) auszumachen als in der deutschen Schweiz. Als Grund dafür sieht er die Ausrichtung auf die Nachbarn:

Die GBI habe zum Beispiel das deutsche „Bündnis für Arbeit“ kopiert - und sei damit noch schneller auf die Nase gefallen als die deutschen Gewerkschaften. Er ordnet Leuenberger dem Lager Daguët (SPS, nächstens SMUV und Ruchti PTT-Union) zu. In der Romandie hingegen suchten die Gewerkschaften Verbündete bei den französischsprachigen Nachbarn, führt Udry weiter aus.

So veranstaltete zum Beispiel die Genfer PTT-Union am 10. Oktober ein Gespräch mit Kollegen aus Belgien und Frankreich, die viel militanter auftraten als der Schweizer Redner und mehr auf die Unterstützung aus der Bevölkerung aus sind als auf Konsens mit dem Arbeitgeber. Die Stimmung im Saal sei eindeutig auf der Seite der ausländischen Kollegen gewesen, berichtet Udry. Zwei Tage später fand auf Einladung der kantonalen Gewerkschaftsbünde Genf, Waadt und Wallis ein Treffen mit GewerkschaftsaktivistInnen von CGT, CFDT und zwei Lehrgewerkschaften aus der französischen Nachbarschaft statt.

In der Grundeinschätzung war man sich einig: Erstens werde das Problem der Defizite der öffentlichen Hand überschätzt. Zweitens sei das Grundübel des NPM, dass es die Dienste des Gemeinwesens „KlientInnen“ statt „BenutzerInnen“ anbiete und damit Marktmechanismen einführe, wo es um die Sicherung des allgemeinen und freien Zugangs zu den Diensten gehe. Und drittens müsse die öffentliche Hand Arbeitsplätze schaffen, statt abzubauen. Zum Schluss der Veranstaltung sicherte man sich gegenseitige Unterstützung zu: Am Streiktag in Frankreich (17. Oktober) wird vor dem französischen Konsulat in Genf demonstriert; die französischen KollegInnen revanchieren sich am 26. Oktober.

Yvonne Lenzlinger.

WOZ, 18.10.1996.

Personen > Pasche Charly. Demission. SEV. WOZ, 1996-10-18